



## Aus dem Stadtrat

### Anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März zeigt die Fraktion DIE LINKE/future! in dieser Ausgabe mehr denn je ihre weibliche Seite

Betrachtet man die Mitglieder des Magdeburger Stadtrates, stellt man schnell fest, dass nur 13 von 56 Stadträten Frauen sind. In der Fraktion DIE LINKE/future! ist das weibliche Geschlecht mit vier Stadträtinnen zu 36% vertreten. Zur Kommunalwahl im Mai werden 10 Frauen (32 Kandidaten insgesamt) für eine LINKE Fraktion ins Rennen gehen. Quotenregelungen zur

Erhöhung des Frauenanteils gibt es bereits in der freien Marktwirtschaft allgemein und auch die Parlamente, wie der Bundestag, die Landtage und auch Kommunen wollen den Frauenanteil seit vielen Jahren erhöhen. Die Gesellschaft ist also für das Thema bereit und Frau auch regelmäßig für LINKE Politik auf dem Weg in die Rathäuser ihrer Städte und Gemeinden.

#### In dieser Ausgabe:

Neue Grundschule am Heumarkt wartet auf Antworten aus der Landespolitik	2
Stadtratsberatungen im Januar und Februar	3
„Frauen nehmen sich meistens zurück...“	4
Fraktionsarbeit in Bildern	8

Fraktionsassistentin Janine Schmidt befragte die Frauen der Fraktion DIE LINKE/future! zu ihrer Meinung rund um das Thema *Frauen in der Magdeburger Kommunalpolitik*.

In einem Interview mit Fraktionsassistentin Janine Schmidt spricht Stadträtin Jenny Schulz über ihre Arbeit im Ausschuss und von den Anforderungen und ihren Vorstellungen um in diesem politischen Arbeitsfeld zu agieren:

**„Jenny, der Ausschuss für Familie und Gleichstellung in der Landeshauptstadt Magdeburg beschäftigt sich unter anderem mit den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Abbau bestehender Diskriminierungen, Gewaltschutz und Gewaltprävention und Stärkung von Frauenrechten. Wie gelingt es dir diese Themen anzugehen und umzusetzen?“**

Die von Dir genannten Themen sind ja nur ein Ausschnitt für den Arbeitsbereich des Ausschusses für Familie und Gleichstellung. Als Querschnittsthema ist etwa die Geschlechtergerechtigkeit immer wieder auch ein Aspekt sehr verschiedener politischer Bereiche. Manchmal ist das gar nicht so auf Anhieb ersichtlich, zum Beispiel bei Fragen der Wirtschaftsförderung, bei der Stadtplanung oder im Sport. Häufig nehmen wir auch Anträge oder Drucksachen in Selbstbefassung auf die Tagesordnung, weil es immer wieder vorkommt, dass die Verwaltung den Zusammenhang zu unserem Themenbereich verkennt. Dem nachzuspüren und die entsprechenden Ansätze zu entde-

Jenny Schulz ist seit 2014 Stadträtin für die Fraktion DIE LINKE/future! und Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Gleichstellung. Sie engagiert sich für mehr Familienfreundlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Förderung von Frauen in unserer Stadt.



cken, haben wir bei unserer Ausschussarbeit immer versucht. Das wird dann deutlich, wenn es etwa darum geht, Konzepte zu entwickeln um gut ausgebildeten Frauen in Magdeburg berufliche Perspektiven zu eröffnen. Dass wir uns als Ausschuss in diesem Zusammenhang einsetzen für eine dauerhafte Finanzierung der Unternehmerinnen Akademie ist dafür ein Beispiel. Oder wir haben das Gespräch gesucht mit dem FFC, dem Frauenfußballverein Magdeburg, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen die Mädchen und Frauen Sport treiben. Die sind im Vergleich zu den Bedingungen der Männer gelinde gesagt sehr eingeschränkt, dennoch haben sie schon großartige Erfolge vorzuweisen. Natürlich behandeln wir auch die – ich nenne sie jetzt mal sehr typischen Themen – wie Fragen der Kinderbetreuung, da speziell mit Blick auf Alleinerziehende oder die Umsetzung von sozialen Maßnahmen der Stadt für benachteiligte Menschen. Mit Formaten wie der Anhörung oder der Sitzung des Ausschusses bei Vereinen oder Institutionen vor Ort ist es uns

auch gut gelungen, die Perspektiven auf das Themenfeld auszuweiten.

**Hast du als Ausschussvorsitzende einen größeren Handlungsspielraum, findest deine Stimme dadurch mehr Gehör in deiner ehrenamtlichen Tätigkeit oder kannst du aus den letzten fast fünf Jahren andere Vorzüge des Vorsitzes feststellen?**

Ich habe meine Aufgabe als Ausschussvorsitzende immer als große Verantwortung begriffen. Aber auch als Möglichkeit dem Thema parteiübergreifend Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Im Zusammenspiel mit dem Amt für Gleichstellung der Stadt Magdeburg - den Mitarbeiterinnen und der Gleichstellungsbeauftragten Frau Ponitka - ist das in den letzten Jahren gut gelungen. Außerdem war es mir auch möglich, spannende und hilfreiche Kontakte in einem breiten Netzwerk zu knüpfen, was mir zu Gute kommt, wenn ich Fragen habe oder politische Initiativen vorbereite bzw. durchsetzen möchte. Für mich persönlich kann ich den Vorzug feststellen,



Stadträtin Jenny Schulz (links im Bild) im Gespräch mit Fraktionsassistentin Janine Schmidt

dass ich als Ausschussvorsitzende quasi immer gezwungen war, mich mit den politischen Fragen in diesem Bereich sehr intensiv auseinander zu setzen und nun nach fünf Jahren auf ein wirkliches breites Spektrum an Kenntnissen und Erfahrungen zurückgreifen kann.

**Nicht alle Probleme sind schnell zu lösen, auch nicht in fünf Jahren. Welche Erfolge kannst du zum Beispiel in puncto Stärkung der Frauenrechte oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf verzeichnen?**

Manche Erfolge sind eher offensichtlich, z.B. dass es gelungen ist, Stellen zur Beratung von Frauen mit Gewalter-

fahrung in der Stadtverwaltung zu verankern oder die Aufstockung der finanziellen Mittel bei Beratungsstellen wie der Aidshilfe oder der Suchtberatung. Anderes macht sich vielleicht eher subtil bemerkbar. So ein Umdenken bei Fragen der Kinderbetreuung und der intensivierten Schaffung von Betreuungsplätzen. Oder auch darin, dass der Stadtrat, anders als vorher mit zwei männlichen Vertretern, nun jedes Mal eine weibliche und eine männliche Vertretung in den deutschen Städtetag entsendet.

**Du trittst zur Kommunalwahl am 26.5.2019 wieder an. Haben sich die fachlichen Schwerpunkte, die du in eine neue Fraktion einbringen möchtest, geändert? Wo siehst du dich in einer neuen Fraktion? Und was wünschst du dir für eine Kommunalpolitik?**

Ich bin zunächst sehr froh darüber, dass es bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten unserer Partei gelungen ist, zumindest die ersten Plätze in den Wahlbereichen paritätisch

zu besetzen. Das gibt mir Hoffnung, dass mehr Frauen in den Stadtrat einziehen, was ich für sehr wichtig halte. Denn damit sind die Voraussetzungen auch günstiger, Fragen der Geschlechtergerechtigkeit zu thematisieren und emanzipatorische Ansätze durchzusetzen. Ich selbst möchte gern meine Expertise da einbringen, wo sie nützlich ist. Sicher hängt mein Herz an dem Bereich, den ich jetzt als Ausschussvorsitzende begleite. Aber wie erwähnt, habe ich damit auch den Blick für ein weites Spektrum an Themen und bin grundsätzlich offen für ein breites Feld. Wichtig ist mir vor allem, dass es gelingt eine linke Kommunalpolitik umzusetzen, die die Menschen unserer Stadt in den Mittelpunkt stellt und Chancen für jede und jeden eröffnet. Und wenn ich mir was wünschen darf, dann würde ich gerne an einem konkreten Projekt arbeiten, in das sich alle fachpolitischen Bereiche einordnen ließen und das ich für mich „Inklusive Stadt“ nenne.“

*Vielen Dank für das angenehme und interessante Interview, liebe Jenny.*

## Neue Grundschule am Heumarkt wartet auf Antworten aus der Landespolitik



Auszug aus der Anlage zur Drucksache, der die vorgeschlagenen möglichen Standorte zeigt. Der beschlossene Standort trägt die Nummer 3.

Der Magdeburger Stadtrat hat am 24. Januar 2019 den Grundsatzbeschluss gefasst, am Heumarkt eine neue Grundschule bauen zu wollen. Benötigt wird dafür aber ein Areal am soziokulturellen Zentrum „Mutter Theresa“ und das alte Gebäude des Verfassungsschutzes am Zuckerbusch. Beides sind derzeit noch Liegenschaften des Landes. Dieser Beschluss weckte das Interesse der LINKEN Landtagsabgeordneten Monika Hohmann, die als bildungspolitische Sprecherin der Fraktion zugleich Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Kultur ist. Fast genau einen Monat später erkundigt sie sich mit einer Kleinen Anfrage bei der Landesregierung, ob es seitens der Landeshaupt-

stadt Magdeburg bereits Anfragen in Bezug auf die genannten Objekte gibt. Insbesondere will sie wissen, was die Landesregierung zum Inhalt der Anfragen sagen kann und wie sie diese bewertet. Zugleich fragt sie nach dem aktuellen Verhandlungsstand und in welcher Weise die Landesregierung der Landeshauptstadt beim Ankauf der Liegenschaften entgegenkommen könnte, um die dringend benötigte Grundschule möglichst bald zu bauen. Um die Fragen bis zum 20. Mai 2019 abschließend beantworten zu können, bat die Landesregierung nun um eine Fristverlängerung. Monika Hohmann (MdL) erklärte sich damit einverstanden, erläuterte ihr gegenüber doch

das Finanzministerium, dass die ersten Ergebnisse zur Sanierungsfähigkeit der Landesliegenschaft (gemeint ist damit das alte Gebäude des Verfassungsschutzes am Zuckerbusch), die Grundlage für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und anschließendem Votum zum Verkauf oder Nichtverkauf der Liegenschaft sein werden, nach derzeitigem Kenntnisstand erst Ende März vorliegen werden. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung selbst soll im April erstellt werden. Im Sinne der dringend benötigten neuen Grundschule in Ostelbien wäre es zu begrüßen, wenn die aufgeworfenen Fragen dann ohne weiteren Zeitverzug beantwortet und die weiteren Planungen zügig vorangetrieben werden.

Karsten Köpp  
Stadtrat



## Grundschulstandorte, Stromsperrn verhindern und die Kulturhauptstadtbewerbung

Interessantes aus den Stadtratsberatungen im Januar und Februar

Zur **Januar-Sitzung** des Stadtrates brachte die Fraktion drei Anträge und sechs Änderungsanträge ein. Der Antrag, der den Oberbürgermeister beauftragt hat zu prüfen, wie der Gästezugang, insbesondere für Personen im Rollstuhl, zum Magdeburger Stadion verbessert werden kann, ohne dass die Nebenplätze 1 und 2 belastet werden, wurde beschlossen (A0013/19 *Gästezugang im Magdeburger Stadion verbessern*). Eine entsprechende Stellungnahme zur Prüfung konnte die Verwaltung bisher jedoch nicht vorlegen. Die Änderungsanträge befassten sich fast allesamt mit dem Thema Schule. Der Änderungsantrag der Fraktion (A0071/18/1/1 *Gewalt an Schulen und Horten*) hat seinen Ursprung in einem Antrag der Fraktion aus Juni 2018. Die Fraktion beantragte damals, im Benehmen mit den zuständigen Stellen des Landes Sachsen-Anhalt und unter Zuhilfenahme der Kriminalitätsstatistik zu untersuchen und darzustellen, in welcher Zahl und in welcher Form Gewalt an Bildungseinrichtungen



Stadtrat Dennis Jannack erläutert seinen Änderungsantrag zur Gewalt an Schulen.

wie Schulen und Horten in unserer Stadt stattfindet und mittels welcher Strategien ihr wirksam zu begegnen ist. Daraufhin entgegnete der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport mit einem Änderungsantrag, der diese seltsamerweise nichtöffentlich angeordnete Fachtagung ins Leben rufen sollte. Leider findet eine Mehrheit im Stadtrat, dass eine solche Fachtagung im Verborgenen stattfinden soll und lehnte den Änderungsantrag der Fraktion ab. Dem Änderungsantrag des Ausschusses wurde zugestimmt und dieser änderte damit den Ursprungsantrag der Fraktion. Der Antrag A0120/18 *Änderung der Präsentation der Gemeinwesenarbeitsgruppen im Rathaus* ist eine Wiedervor-

lage aus dem September 2018 gewesen und sollte eine Vitrine der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) der Landeshauptstadt Magdeburg im Eingangsbereich des Rathauses wird durch eine digitale Infotafel, an der aktuelle Informationen der jeweiligen GWA-Gruppen angezeigt werden, ersetzt. Eine Ergänzung der CDU umfasst neben der Darstellung der GWA alle aktuellen Informationen, Veranstaltungen und Termine, die im Rathaus stattfinden. Der Ursprungsantrag wurde also geändert beschlossen.

Mit einem Änderungsantrag zur Abfallwirtschaftssatzung (DS0577/18/1 *Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung*) plädiert Stadtrat Oliver Müller in der **Februar-Sitzung des Stadtrates** dafür, dass für die Abholung der Gelben Tonne dieselben Kriterien der Abholung gelten sollen, wie bei den übrigen Abfalltonnen, die durch den kommunalen Eigenbetrieb SAB entsorgt werden und beauftragt den Oberbürgermeister, dies gegenüber externen Auftragnehmern (künftig) durchzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass gelbe Tonnen, auch wenn sie nicht am Straßenrand stehen, bis zu einer Entfernung von 15 Metern vom Grundstück abgeholt und zurückgebracht werden. Dass damit auch kranke und ältere bzw. in ihrer Mobilität eingeschränkte Wohneigentümer und Mieter entlastet werden, traf auf allgemeine Zustimmung. Der Antrag wurde beschlossen. Die von der Verwaltung vorgelegte Neufassung der Satzung des Beirates für Integration und Migration ergänzte ein gemeinsamer Änderungsantrag mit den Grünen (DS0616/18/1 *Neufassung der Satzung des Beirates für Integration und Migration*) um einige redaktionelle und inhaltliche Punkte. War bisher beispielsweise das Einvernehmen des Oberbürgermeisters für eine Stellungnahme des Beirates nötig, darf dieser nun auch allein und unaufgefordert über seine Arbeit oder eventuelle Missstände im Stadtgebiet berichten.

Weniger erfolgreich verlief die Verteidigung des Änderungsantrages zum *Grundsatzbeschluss Errichtung Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Schulkindern (Horte)* (DS0504/18/1). Stadtrat Dennis Jannack argumentierte für ein Interessenbekundungsverfahren und wollte den Unterausschuss Jugendhilfeplanung bei

## Termin vormerken!

### Einwohnerversammlung für Cracau & Prester am 17.04.2019

Der Oberbürgermeister lädt alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner zur Einwohnerversammlung für die Stadtteile Cracau und Prester ein. Wie seiner Information (I0053/19) zu entnehmen ist, soll die Versammlung am 17. April 2019 stattfinden und um 18:00 Uhr in der Sporthalle der Grundschule „Am Pechauer Platz“, Witzlebenstraße 1, 39114 Magdeburg beginnen.

Karsten Köpp  
Stadtrat für Ostelbien

### Auf einen Blick

#### Zur Stadtratsberatung im Januar 2019 stellte die Fraktion folgende Neuanträge und Änderungsanträge:

A0013/19 Gästezugang im Magdeburger Stadion verbessern -> beschlossen  
A0014/19 Kultur in Südost besser sichtbar machen -> beschlossen  
A0015/19 Rückkehr der Ampelfrau -> beschlossen  
A0071/18/1/1 Gewalt an Schulen und Horten -> abgelehnt, Ursprungsantrag geändert beschlossen  
DS0434/18/2 Neuberufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates und Aktualisierung der Geschäftsordnung -> Gesamtdrucksache samt Änderungsanträge in die Ausschüsse überweisen  
DS0436/18/2 Grundsatzbeschluss zur Erweiterung der Grundschulkapazitäten in Cracau -> geändert beschlossen  
DS0436/18/2/1 Grundsatzbeschluss zur Erweiterung der Grundschulkapazitäten in Cracau -> geändert beschlossen  
DS0460/18/1 Grundsatzbeschluss zur Erweiterung der Grundschulkapazitäten in Buckau -> zurückgezogen

#### Und folgende Anfragen:

F0001/19 Bildungsangebote und Schüler\*innenzahlen an den berufsbildenden Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg  
F0002/19 Ersatzneubau FÖSK  
F0023/19 Umgang mit Anliegen der Bürgerinnen und Bürger  
F0024/19 Fehlende Stellplatzsatzung, fehlende PKW-Parkmöglichkeiten in Ostelbien  
F0025/19 Kulturhauptstadtbewerbung – Fahrplan bis zur Bid Book-Abgabe am 30.09.19  
F0026/19 Pappelallee in der Beimssiedlung – was nun und wie weiter?  
F0279/18 Gesundheitsvorsorge in der Magdeburger Innenstadt – Aktuelle Studien zur Luftqualität und gesundheitliche Folgen ernst nehmen und entsprechend handeln



Fraktionsvorsitzender Oliver Müller verteidigt den Antrag „Stromsperrern verhindern“ im Stadtrat.

der Trägerbestimmung für eine Hortübernahme einbeziehen. Eine Mehrheit des Stadtrates war jedoch gegen diese Änderung.

Mit einem Änderungsantrag zu ihrem eigenen Antrag aus dem Vorjahr (A0092/18/1 *Sicherung der Grünfläche Hopfenplatz für die Öffentlichkeit*) beauftragte Stadträtin Monika Zimmer erfolgreich den Oberbürgermeister mit dem Besitzer des historisch bemerkenswerten Hopfenplatzes Gespräche zu führen, mit dem Ziel, die jetzige Grünfläche als öffentlich zugängliche Fläche zu erhalten um den traditionsreichen Platzcharakter zu erhalten. Ebenfalls beschlossen wurde ein Antrag der Fraktion aus dem November 2018 mit dem Titel *Benamung: Straßenbahnhaltestelle „Puppentheater“* (A0144/18). Der Oberbürgermeister wurde nun beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die im Rahmen der 2. Nord-Süd-Verbindung der MVB neu entstehende Straßenbahn-Haltestelle in der Warschauer Straße den Namen „S-Bahnhof Buckau/ Puppentheater“ tragen wird. Ebenfalls eine Wiedervorlage aus November 2018 war der Antrag *Bewahrung und Umgang mit künstlerischer Glasgestaltung* (A0143/18), der mit einer Änderung des Kulturausschusses beschlossen wurde. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt darzustellen, welche Anstrengungen bislang zur Bestandsaufnahme und Bewahrung von Glaskunst in Magdeburg unternommen wurden und welche künftig noch zu

unternehmen sind. Ebenso ist zu prüfen, welche Rolle diesem Thema bei der Kulturhauptstadtbewerbung zukommen kann.

Die Anträge *Konzept zur Baustellenkommunikation: Bauzaun Stadthalle und Hyparschale informativ gestalten* (A0141/18) und *Salbker See* (A0122/18) – beides ebenfalls Anträge aus dem alten Jahr – wurden mit Begründung der in der jeweiligen Stellungnahme der Verwaltung dargestellten Sachlage und Argumentation abgelehnt. Unter dem Titel *Stromsperrern verhindern* (A0029/19) möchte die Fraktion auf die Sorgen vieler Magdeburger aufmerksam machen, die sich mit der kürzlich durch die SWM bekannt gemachte Erhöhung des Grundpreises um nahezu das Dreifache ergibt. Plötzlich bängen viel Geringverdiener, Rentner und Hartz IV-Empfänger um eventuelle Stromsperrern und DIE LINKE/future! beantragte dazu den Oberbürgermeister und die Unternehmen, die die Landeshauptstadt mit Strom versorgen, im Rahmen einer kontinuierlichen Kooperation alles in ihren Möglichkeiten stehende zu tun, um Stromsperrern zu verhindern. Außerdem wurde der Oberbürgermeister gebeten, bis zum Ende des Jahres 2019 im Gesundheits- und Sozialausschuss, im Finanz- und Grundstücksausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt und Energie monatlich im Sinne von Ziffer 2 über den Fortgang seiner Bemühungen und über bestehende Probleme zu berichten sowie Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Leider versteht eine Mehrheit im Stadtrat diese Sorgen der Ärmsten unserer Einwohner nicht und lehnte diesen Antrag ab. Die übrigen Neuanträge wurden in die jeweiligen Ausschüsse verwiesen.

**Auf einen Blick**

**Zur Stadtratsberatung im Februar 2019 stellte die Fraktion folgende Neuanträge und Änderungsanträge:**

- A0029/19 Stromsperrern verhindern -> abgelehnt
- A0034/19 Projektfonds des Kulturhauptstadtbewerbungsbüros -> in die Ausschüsse überwiesen
- A0035/19 Novellierung der Fachförderrichtlinie KULTUR -> in die Ausschüsse überwiesen
- A0036/19 Sparkassengebühren für Vereine und die Freiwilligen Feuerwehren senken -> in die Ausschüsse überwiesen
- A0037/19 Brexit – Folgen für die Landeshauptstadt Magdeburg -> in die Ausschüsse überwiesen
- A0044/19 Sanierung der Schwimmhalle Diesdorf – Pannenserie und kein Ende? -> in Ausschüsse überwiesen
- A0049/19 AEROSOL-ARENA -> in die Ausschüsse überwiesen
- A0050/19 Obdachlosigkeit in Magdeburg -> in die Ausschüsse überwiesen
- A0092/18/1 Sicherung der Grünfläche Hopfenplatz für die Öffentlichkeit - > beschlossen
- DS0577/18/1 Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung
- DS0616/18/1 Neufassung der Satzung des Beirates für Integration und Migration

**Und folgende Anfragen:**

- F0048/19 Fragen aus Südost
- F0049/19 Anpassung der Kostenbeitragsatzung und weitere Umsetzung KiFöG
- F0061/19 Änderung des Personenstandsgesetzes – Wie gut ist Magdeburg vorbereitet?
- F0062/19 In aller Munde: Straßenausbaubeiträge abschaffen!
- F0063/19 Abholzung von Alleebäumen kurz vor Weihnachten in der Raiffeisenstraße?

Janine Schmidt  
Fraktionsassistentin  
(Fotos: J. Schmidt)

**„Frauen nehmen sich meistens zurück...“** (Zitat Stadträtin Monika Zimmer)

**Überlegungen, wieso es Frauen eher weniger in die Kommunalpolitik zieht - und Lösungsansätze**

In einem Kurzinterview wollte Fraktionsassistentin Janine Schmidt von den Stadträtinnen und sachkundigen Einwohnerinnen der Fraktion wissen, woran es liegen könnte, dass sich Frauen seltener zur Mitarbeit in der Kommunalpolitik berufen fühlen und stieß auf interessante Erfahrungen, Wahrnehmungen und Lösungsansätze. Gefragt wurde, woran es liegen könnte, dass auch auf der aktuellen Kandidatenliste für die

Kommunalwahl nur 10 Frauen stehen, welche Hürden sie ganz persönlich während ihrer kommunalpolitischen Arbeit überwinden mussten, die sie dem *Frausein* zuschreiben würden und was sich ändern müsste, um mehr Frauen für (kommunal)politischer Arbeit motivieren zu können.

Auf den kommenden Seiten erwarten Sie nun die ganz persönlichen Eindrücke der Fraktionsmitglieder. Sie geben einen

Einblick darin, wie frau die Arbeit in der Magdeburger Kommunalpolitik wahrnimmt – jede in Abhängigkeit ihrer persönlichen Lebensumstände. Für die bevorstehende Kommunalwahl sind nun in Bezug auf die Kandidatenaufstellung alle Messen gesungen, aber auch die neue Fraktion wird sich für die Stärkung der Frau in der Gesellschaft stark machen.

Janine Schmidt  
Fraktionsassistentin





**Monika Zimmer ist seit 1994 (mit Unterbrechung von 2004-2009) Stadträtin unserer Fraktion und unter anderem Mitglied im Gesundheits- und Sozialausschuss, im Betriebsausschuss Kommunales Gebäudemanagement (KGM), im Betriebsausschuss Kommunale Kindereinrichtungen Magdeburg (KKM), sowie der Gesellschafterversammlung Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH und seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion. Sie kandidiert 2019 im Wahlbereich 01 (Barleber See, Rothensee, Neustädter See).**

"Ich denke, dass weniger Frauen im Magdeburger Stadtrat vertreten sind, weil sich Frauen eher für ihre Kinder zurücknehmen. Die vielen Termine durch die Fraktions-, Stadtrats- und auch Ausschussberatungen sowie zusätzliches Engagement im Stadtteil erfordern viel Zeit. Daher lassen sich die meisten Frauen wohl erst zu Kandidaturen aufstellen, wenn die Kinder älter bzw. selbständiger oder bereits ganz aus dem Haus sind. Schließlich wollte man ja Kinder und beabsichtigte, die Zeit mit ihnen neben der Berufstätigkeit zu gestalten. Es gibt natürlich auch Frauen, die bewusst auf Kinder verzichten oder stets helfende Angehörige bzw. Freunde haben, die ihnen hilfreich zur Seite stehen. Aber das ist wohl eher selten.

Mein jüngstes Kind war damals 12, als ich der Kandidatur zustimmte und auch prompt das Mandat erhielt. Ohne meinen Mann, der die Betreuung unserer Tochter dann oft übernahm, wäre es mir kaum möglich gewesen, die vielen Termine, die vorwiegend abends stattfinden, wahrzunehmen.

Außerdem bin ich der Meinung, dass man auch nach der Kinderzeit noch nicht zu alt ist, um zu kandidieren. Heute höre ich leider oft etwas anderes in unserer Partei. Eigentlich soll der Stadtrat möglichst viele Berufs- und alle Be-

völkerungsgruppen repräsentieren. Ich selbst war zum Zeitpunkt der Wahlperiode 1994-1999 45 Jahre alt und wurde von der Frauen-AG LISA der PDS, in der ich aktiv mitarbeitete, angesprochen und überzeugt worden, mich für die Wahl zur Verfügung zu stellen. Auch damals gab es die Quotierung. Die Kernaussage: „Frauen haben oft einen anderen Blick auf bestimmte Problemlagen. Auch deren Sicht ist wichtig!“ sowie: „Auch der beste Redner kommt nicht immer gut an, ebenso kann eine von Herzen kommende, aufgeregte Rede gut angenommen werden!“, ermutigten mich damals. Inzwischen bin ich vier Mal in meinem Wohngebiet gewählt worden. Ich möchte also Frauen Mut machen, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

Außerdem denke ich, dass man Frauen, die unsicher sind, kommunalpolitisch aktiv zu werden, vorerst für die Tätigkeit als sachkundige Einwohnerinnen gewinnen sollte. So erhalten sie einen Einblick in die Arbeitsweise der Ausschüsse, sammeln erste Erfahrungen und können abschätzen, wie hoch das Zeitempensum ungefähr ist. Wenn man auf diese Weise der Fraktion unterstützend zur Seite stehen kann, beginnt man auch Spaß und sicher auch ein Stück weit Ehrgeiz zu entwickeln und in den meisten Fällen treten auch die Frauen dann zur nächsten Kommunalwahl an."



**Andrea Nowotny ist seit 2014 Stadträtin unserer Fraktion und unter anderem Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, in der Magdeburger Weihnachtsmärkte-Gesellschafterversammlung, aber auch im Aufsichtsrat Zoologischer Garten Magdeburg gGmbH, in der AG Stadtverkehr sowie in der AG Kleingartenwesen. Sie ist bau- und verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion und kandidiert 2019 im Wahlbereich 03 (Olvenstedt, Nordwest, Gr. Silberberg ).**

„Es ist schwer Familie, Beruf und Ehrenamt unter einen Hut zu bekommen. Da muss man Prioritäten setzen und selten verlieren da die Kinderaugen gegen nicht selten stundenlange Debatten in den Abendstunden. Gerade Mütter wollen dem Bedürfnissen ihrer Kinder nach Nähe gerecht werden und wägen dann ab.

Ich selbst habe leider oft erfahren müssen, dass man Frauen - vor allem in technischen und handwerklichen Berufen - weniger zutraut. Ich komme aus der Bau-Branche (bin Ingenieurin und war zuletzt im Bereich des Brückenbau tätig) und trotz meiner langjährigen Erfahrungen auf meinem beruflichen Gebiet, sind sich einige Herren im Bauausschuss oft sicher, meinem Urteil könne man nicht ohne Weiteres vertrauen. Das betrübt mich immer sehr. Da muss in einigen Männerköpfen ein Umdenken erfolgen. Natürlich und glücklicherweise sind die meisten *modernen* Männer von dieser Kritik ausgenommen!

Um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern,

könnte man beispielsweise die Aufwandsentschädigung für die Stadtratstätigkeit angemessen erhöhen. Die Vollzeitstätigkeit zur Versorgung der Familie nimmt nun mal den Großteil der Zeit in Anspruch. Ist man (oder frau) alleinerziehend, ist die finanzielle Abhängigkeit vom Vollzeitjob noch größer. In anderen Städten wie beispielsweise Stuttgart liegt die Aufwandsentschädigung für die Gemeinderäte bei 1.500€ (Sitzungsgelder kommen dann noch hinzu) monatlich (im Vergleich: in Magdeburg erhält ein Stadtrat 230€ monatliche Aufwandsentschädigung). Bei einer solchen Summe kann man darüber nachdenken, von einer Vollzeitstelle auf weniger Stunden herunterzugehen. So wäre mehr Zeit für die Familie UND das Ehrenamt. Könnte man also den Kandidatinnen und Kandidaten den finanziellen Druck ein wenig nehmen, bliebe mehr Energie und Lust für das ehrenamtliche Engagement und das Verlangen, sich kommunalpolitisch tatsächlich auch aktiv einbringen zu wollen. Allerdings müsste die Stadt dann wohl vorher darüber reden, für wie „wichtig“ ihnen die Arbeit der Mandatsträger ist, damit man über eine Neuwertung des finanziellen Aufwandes bestimmen kann.“



**Jana Bork ist sachkundige Einwohnerin unserer Fraktion im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Entwicklung und war Stadträtin der Fraktion.**

„Häufig werden die ersten Listenplätze an Männer vergeben. Zwar hat man bereits geregelt, dass wenn auf Listenplatz 1 ein Mann steht, möglichst auf Listenplatz 2 eine Frau stehen sollte, aber häufig zieht nur der 1. Listenplatz ins Parlament ein. Hinzu kommt, dass viele Kandidaten - und das sind aus der Historie heraus nun einmal größtenteils Männer - bis ins hohe Alter kandidieren. Aufgrund ihres Bekanntheitsgrades und der Erfahrungen werden diese stets wieder an vorderster Stelle gesetzt, um möglichst auch viele Wählerstimmen zu bekommen. Daran ist nichts verwerflich, wenn sie eine gute Arbeit machen. Dadurch vollziehen sich der Generationenwechsel und ein Umdenken Richtung Förderung von politischem Engagement von Frauen jedoch nur sehr langsam. Die Gremienarbeit erfordert auch viel Zeit und Engagement. Etwas, was junge Eltern kaum haben. Die Kinder brauchen Hilfe bei den Hausaufgaben, möchten Zeit mit ihren Eltern verbringen und müssen betreut werden. Eine ehrenamtliche Tätigkeit als Stadträtin zusammen mit den Aufgaben als Mutter und Arbeitnehmerin unter einen Hut zu bekommen, ist somit sehr schwer. Erst recht für eine alleinstehende Mutter. Hierdurch fehlt es vielleicht auch an jungen Frauen, die für ein solches Ehrenamt kandidieren würden. (Natürlich muss an dieser Stelle gesagt werden, dass auch die jungen Väter ausreichend Zeit für ihre Familie haben möchten und daher vielleicht ebenfalls eher auf eine Kandidatur verzichten.)

Ich merke in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit für die Fraktion schon einen Unterschied: Einer Frau fällt man eher ins Wort, übersieht gerne mal, dass sie einen Redebeitrag anmeldet und nimmt deren Know-how nicht ernst. Frauen sind seltener Ausschussvorsitzende oder besetzen maximal einen der

drei Plätze im Stadtratsvorstand. Im Wirtschaftsausschuss wurde mir zum Anfang der jetzigen Wahlperiode das Wort entzogen, weil ich angeblich „nur“ beratendes Mitglied bin. Dies war nicht rechtens und ich bezweifle stark, dass der Ausschussvorsitzende dies so auch mit einem Mann praktiziert hätte. Da mich damals kein Mitglied des Ausschusses bei meinem Veto unterstützte, halte ich mich seither zurück. Wenn der größtenteils nur mit Männern besetzte Wirtschaftsausschuss nicht von meinen umfangreichen BWL-Kenntnissen (Ich bin beispielsweise nebenberuflich BWL Dozentin an der TH Brandenburg) und meinen langjährigen Erfahrungen profitieren möchte, dann kann ich das leider nicht alleine ändern. Hier muss sich noch viel ändern.

Es ist schwierig ein solches Ehrenamt mit Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Ich fand es damals gut, dass mir die Fraktion die Chance gab, sogar einen Ausschuss zu leiten. Und ich fand damals immer Unterstützung bei Regina Frömert und Hans-Werner Brüning und bin dafür sehr dankbar. Das Mitarbeiterteam der Fraktionsgeschäftsstelle stand mir auch immer hilfreich zur Seite. Dafür noch ein dickes Dankeschön! Ich schätze sehr die hervorragende Zusammenarbeit mit Oliver Müller und hatte in Monika und Gerd Zimmer gute Mitstreiter in meinem Wahlbereich an meiner Seite. Und mit so einem Team, das auch Rücksicht auf mein Studium nahm, konnte man vieles bewerkstelligen. Gemeinsam war man eben stark! Ich bin auch stolz auf die vielen Dinge, die ich während meiner Amtszeiten erreichen konnte und die zum Teil erst jetzt Wirklichkeit werden. Und genau das - etwas verändern und die Zukunft unserer Heimat direkt mitgestalten zu können - hat mich motiviert, zu kandidieren. So wie ich einst als junge Frau die Chance mit Listenplatz 1 bekam, erhoffe ich mir dies auch für andere engagierte Frauen.“

**Anke Jäger ist seit 2015 sachkundige Einwohnerin unserer Fraktion im Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und kandidiert 2019 für den Stadtrat im Wahlbereich 10 (Reform, Hopfengarten, Schilfbreite).**



„Auch in der Kommunalpolitik ist die Abwägung von vielen teilweise widerstreitigen Interessen mit stetem Blick nach vorn sehr wichtig, und gerade Frauen im ständigen Zwiespalt zwischen Familie und Beruf sind dafür besonders geeignet. Auch die vielen unterschiedlichen Erfahrungen in verschiedenen privaten und beruflichen Kreisen dienen einer vielseitigen erfolgreichen Kommunalpolitik.

Aber dafür benötigen die Frauen jemanden, der Ihnen hierbei den Rücken freihält und Mitmenschen, welche Verständnis für die hohe Bedeutung von politischen Engagement haben und unterstüt-

zen. Auch in meiner Familie ist das nicht einfach, aber mein Mann und ich finden es wichtig unseren Kindern zu zeigen, dass man sich für seine Zukunft einsetzen muss und nur so etwas Dauerhaftes verändern kann.

Jede aktive Mutter ändert das Bild, der hergebrachten „Rollenverteilung“, und erleichtert den künftigen Politikerinnen den Einstieg und macht ihnen Mut.

Auch die Kommunalpolitik muss diese Vorteile der Frauen nutzen wollen und an frauenfreundlichen Konzepten arbeiten, um deren Teilhabe zu erleichtern.“

**Iris Gottschalk ist seit 2018 sachkundige Einwohnerin unserer Fraktion im Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling und kandidiert 2019 für den Stadtrat im Wahlbereich 04**



„Das Jahrtausende alte Frauenbild und dessen Rolle in der Gesellschaft wirken immer noch, nicht nur bei den Männern, auch bei den Frauen selbst. Sie halten sich lieber zurück und den Männern den Rücken frei, als selbst ins Rampenlicht zu treten. Die Frauen, die den Mut haben, ihre Meinung mit ihrer Kompetenz und Engagement auch zu sagen, werden auch respektiert und können etwas bewirken. Oft tun die männlichen Kollegen so, als wüssten und könnten sie alles besser. Aber wenn Frau sich davon nicht einschüchtern lässt, wird sie auch ernst genommen.

Den Frauen muss noch mehr

Mut gemacht werden, in den Parlamenten mitzuarbeiten. Es muss überall deutlicher gemacht werden, dass die Sichtweise der Frauen auf die gesellschaftlichen Probleme und ihre vielschichtige Kompetenz gerade in Alltagsdingen nicht nur gewünscht, sondern dringend gebraucht wird. Dabei könnten Treffen von Kommunalpolitikerinnen (Runde Tische o.ä.) helfen, sich gegenseitig auszutauschen. Quotierungen (Parité-Gesetze) sind zwar unbequem und eigentlich auch nicht wirklich gut, aber ohne sie wird es vorübergehend nicht klappen.“

**Karina Schade-Köhl ist seit 2014 sachkundige Einwohnerin unserer Fraktion im Ausschuss für Familie und Gleichstellung und kandidiert 2019 für den Stadtrat im Wahlbereich 02 (Neue Neustadt und das Neustädter Feld).**



„Meines Erachtens wird noch oft verkannt, dass es sich bei der Stadtratstätigkeit als politische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger eben auch um eine freiwillige Tätigkeit handelt, die überaus großen Einsatz erfordert. Ich erkenne jedem einzelnen Stadtratsmitglied hoch an, das kommunalpolitische Ehrenamt neben Beruf und Familie oder Pflege miteinander zu vereinbaren. Die Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbsarbeit ist und bleibt - mit hoher Bedeutung und steigendem Bedarf - eine der zentralen Herausforderungen um die Gesellschaft zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Mütter und Väter müssen die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten, Beruf und Familie tatsächlich eng zu verknüpfen.

Die Vereinbarkeit von Beruf und „meiner Familie“ zählt glücklicherweise zu unserem Erfahrungsschatz und ist kein Frauenthema. Durch eine partnerschaftliche und faire Arbeitsteilung hatten mein Mann und ich die Chance sowohl für unsere Familien da zu sein, als auch im Beruf Entwicklungschancen zu nutzen. Wir ermöglichen uns gleichberechtigte Freiräume, die selbstverständlich ein gutes familiäres und berufliches Zusammenspiel, Zeitmanagement sowie Organisationsgeschick und mittlerweile Einbindung für alle kleinen, größer und älter werdenden Familienmitglieder voraussetzen. Grundsätzlich muss jeder für sich selbst wissen, wo gesunde Grenzen und Prioritäten im Familien- und Angehörigendasein und der Berufswelt liegen.

Kinder dabei zu begleiten, dass sie gestärkt durch das Leben gehen und pflegebedürftige Familienangehörige auf deren letzten Weg beizustehen - als wichtige und persönliche Lebensentscheidungen - müssen gemeinsam und häufig unerwartet getroffen werden.



Wichtige gesetzliche Rahmenbedingungen sind geschaffen, dennoch gibt es Nachhol- und Verbesserungsbedarf. Eine Politik, die sich dem Anspruch nach Familienfreundlichkeit verpflichtet fühlt, muss als nachhaltige Entwicklungspolitik verstanden werden, deren Perspektive sich über alle Generationen erstreckt. Die Mehrheit der Bevölkerung fordert gemeinsame Initiativen von Politik und Sozialpartnern für eine neue Qualität der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das direkte Lebensumfeld von Familien wird in der Kommune gestaltet. Neue Lebensentwürfe und Lebensstile in Familien haben sich entwickelt, eine Vielzahl von Veränderungen führen zu einem notwendigen Perspektivwechsel.

Familienformen und Problemlagen müssen durch eine passgenaue lokale Politik gefördert und unterstützt werden. Sozial benachteiligte Familien, Familien mit Migrationshintergrund, Familien mit Behinderung oder Alleinerziehende müssen bei allen kommunalen Entscheidungen besonders berücksichtigt werden. Kommunen müssen sich für den Bereich Pflege stark machen. Angesichts der demografischen Entwicklung sind immer mehr Menschen auf Barrierefreiheit, altersgerechten Wohnraum und lokale Pflegestrukturen angewiesen.

Ich wünsche mir, dass mehr Frauen für ihre Träume vom familiären und beruflichen Leben gleichberechtigt und familienbewusst kämpfen. Dazu bedarf es zunächst mal überhaupt des eigenen Mutes, diesen Schritt zu gehen.“

**Dagmar Brüning ist seit 1999 sachkundige Einwohnerin unserer Fraktion im Kultur- und Ausschuss und kandidiert 2019 für den Stadtrat im Wahlbereich 5 (Altstadt, Alte Neustadt).**



„Seit vielen Jahren bin ich schon Mitglied im Kulturausschuss der Landeshauptstadt - und das sehr gern. Ich habe hier nicht das Gefühl, dass meine Meinung nicht erwünscht ist oder Erfahrungen ignoriert werden. Im Kulturausschuss gibt es ein Gleichgewicht der Geschlechter und jede/jeder hat das Recht und die Gelegenheit, sich einzubringen.

Nun stelle ich mich zur Wahl am 26. Mai und hoffe, mit meinen „sachkundigen“ Erfahrungen auch ein kompetentes Mitglied der neuen Ratsfraktion zu werden - sofern ich gewählt werde natürlich ...

In diesem Jahr konnte man auch eine gestiegene Bereitschaft von Frauen erkennen, auf Listenplatz 1 zu kandidieren. Diese positive Tendenz lässt vermuten, dass Frauen selbstbewusster werden und sich mehr zutrauen. Natürlich kostet es Überwindung, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren und Frauen sind schneller bereit, in der zweiten Reihe zu agieren. Aber es ist überflüssig zu betonen, dass Frauen soziale Kompetenz und die Fähigkeit haben, eine eigene, andere Sicht der Dinge einzubringen. Und diese zu fördern,

sollten wir uns alle zur Aufgabe machen.

In den letzten zwanzig, dreißig Jahren hat sich in der Frauenbewegung ja auch viel getan und ich denke, dass die Akzeptanz von Frauen in der Politik sehr viel größer geworden ist als früher.

Wir haben indes auch viele Möglichkeiten, aktiv an der Gestaltung und Veränderung der Gesellschaft mitzuwirken: Politischer Runder Tisch der Frauen, Gemeinwesenarbeit, Landesfrauenrat, Vereine und Verbände, die sich mit den verschiedensten Themen beschäftigen und in denen es ohne Frauen gar nicht geht.

Natürlich ist es schwer, sich ehrenamtlich zu engagieren, wenn man noch kleine Kinder zu Hause hat und durch die Familie gefordert ist. Aber wenn die Kinder größer sind, ergeben sich Freiräume, die Frau durchaus gesellschaftlich aktiver werden lassen kann.

Ich denke, dass wir auf einem guten Weg sind.“

## Fraktionsarbeit in Bildern

### Winterzauber im Kristallpalast

Mitglieder des *Kristallpalast Magdeburg e.V.* luden als Startschuss für das Jahr 2019 unter dem Titel *Winterzauber* am ehemaligen Konzert-, Ball- und Varietéhaus dazu ein, sich bei Glühwein, Kaffee und Gebäck über ihre Aktivitäten zu informieren. Neue Ideen,



Anträge A0110/14 *Kristallpalast* und A0072/16 *Zwangsversteigerung des Kristallpalastes - Letzte Chance für Magdeburg?* - bei Bedarf schicken wir Ihnen die Dokumente per E-Mail zu. Weitere Hilfe wurde seitens der Stadt zugesagt.

Monika Zimmer  
Stadträtin  
(Fotos: M. Zimmer)

### Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE/future! im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

### V.i.S.d.P.:

Oliver Müller, Fraktionsgeschäftsführer  
Redaktion: Janine Schmidt,  
Fraktionsassistentin  
Grafiken: designend by piabay

### Für den Inhalt der Texte haften die jeweils genannten Autorinnen und Autoren.

*Soweit personenbezogene Bezeichnungen im Feminin oder Maskulin stehen, wird diese Form aus Gründen der besseren Lesbarkeit verallgemeinernd verwendet und bezieht sich auf beide Geschlechter.*

### Adresse:

Alter Markt 6  
39104 Magdeburg  
Tel: 0391/540 22 26  
Fax: 0391/540 25 29

### E-Mail:

DIELIN-KE.Fraktion@magdeburg.de

### Internetseite:

www.dielinke-magdeburg.de/  
stadtratsfraktion

### Fraktionstermine März 2019:

18.03.2019, 17:00 Uhr  
Fraktionsberatung im Rathaus,  
Raum 340

21.03.2019, 14:00 Uhr  
Stadtratsberatung im Rathaus,  
Ratssaal

**Senden Sie uns eine E-Mail und wir schicken Ihnen unser Infoblatt im PDF-Format zu!**

Pläne und ein Modell für das erinnerungswürdige Gebäude (Entwurf einer Architektin) wurden vorgestellt. Leider gibt es immer noch keine Lösung innerhalb der Erbesgesellschaft um dem Stillstand der Entwicklung des Gebietes ein Ende bereiten zu können. Auch geht es dem Verein um die Sammlung und Sicherung von Erinnerungsgegenständen und die Bewahrung der Geschichte rund um das Haus. Wiederholt stellte auch die Fraktion DIE LINKE/future! Anträge im Magdeburger Stadtrat, die den Verein unterstützen und somit einen Teil der Historie unserer Stadt erhalten helfen sollten (siehe dazu beispielsweise die

### Gedenkveranstaltung anlässlich des 22. Todestages von Frank Böttcher

Frank Böttcher, Magdeburger Opfer brutaler rechter Gewalt, wird jährlich am 8. Februar gedacht.

Vertreter der Fraktion DIE LINKE/future! nehmen jedes Jahr an der Gedenkveranstaltung an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie in Neu Olvenstedt teil.



### Gedenken an die deportierten und ermordeten Rom\*nja und Sint\*ezza am 1. März



Das Bündnis gegen Rechts gedachte am 1. März 2019 an der Namensstele im Flora-Park (Olvenstedter Graseweg, Fußgängerzugang zum Florapark) den Sinti und Roma, die bis 1943 im sogenannten Zigeunerlager am Holzweg/Silberberg ermordet wurden. Auch Vertreter der Fraktion DIE LINKE/future! nehmen jedes Jahr an der Gedenkveranstaltung teil.

### Im Interview

Für einen Radiobeitrag zum Thema Kulturhauptstadt 2025 interviewte Sebastian Möbius, Student der Hochschule Magdeburg-Stendal Stadtrat Oliver Müller in seiner Funktion als Vorsitzender des Kulturausschusses (links) in der Geschäftsstelle der Fraktion. (Foto: S. Brüning)

